



## **Stellungnahme der Bundesregierung zum Entwurf der Leitlinien für die Anwendung der besonderen Vorschriften der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung für den Olivenöl-, den Rindfleisch- und den Kulturpflanzensektor**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt im Rahmen der Konsultation der Europäischen Kommission zum Entwurf der Leitlinien wie folgt Stellung:

Die Bundesregierung begrüßt den insgesamt sehr gelungenen Leitlinien-Entwurf. Der Leitlinien-Entwurf bleibt der Vorstellung des Europäischen Gesetzgebers treu, die Verhandlungsmacht der Erzeuger gegenüber den nachgeschalteten Marktteilnehmern zu stärken, was wiederum zu einer gerechteren Verteilung des entlang der Wertschöpfungskette entstehenden Mehrwerts führen sollte. Durch eine weitergehende Beteiligung der Erzeuger an der Wertschöpfungskette können Effizienzen gesteigert werden. Dadurch kann den Zielen der Gemeinsamen Agrarpolitik Rechnung getragen werden.

Nachfolgende Punkte sollten aus Sicht der Bundesregierung im weiteren Konsultationsprozess zu den Leitlinien berücksichtigt werden:

### **1. Verhältnis von europäischem und nationalem Wettbewerbsrecht**

Es erscheint sinnvoll, den in Rn. 12 des Leitlinienentwurfs enthaltenen Hinweis, dass das europäische Wettbewerbsrecht nur dann greift, wenn der Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigt ist, dahingehend zu ergänzen, dass unterhalb dieser Schwelle das jeweilige nationale Wettbewerbsrecht anwendbar ist. Die Leitlinien sollten das Verhältnis von Art. 152 Abs. 1 GMO zu den Art. 169 bis 171 sowie Art. 209 GMO deutlicher klarstellen.

### **2. Vermarktung von Produkten von Nicht-Mitgliedern einer Erzeugerorganisation**

Der Austausch sensibler Geschäftsinformationen ist innerhalb einer Erzeugerorganisation (EO) zur gemeinsamen Vermarktung notwendig. Es sollte allerdings ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass ein solcher Austausch mit Nicht-Mitgliedern nicht von der Ausnahmeregelung gedeckt ist, auch dann nicht, wenn die Güter dieser Nicht-Mitglieder durch die EO vermarktet werden.

### **3. Anwendung von Missbrauchsvorschriften**

Die Missbrauchsvorschriften, Art. 102 AEUV, finden gem. Art. 206 Abs. 1 GMO grundsätzlich Anwendung. Die Bundesregierung bittet daher um Klarstellung, auf welcher Rechtsgrundlage die Ausnahmeregelung zu Art. 102 AEUV beruht. Art. 169ff. GMO werden in diesem Zusammenhang nicht als Ausnahmeregelung zu Art. 102 AEUV angesehen.

Es sollte ergänzend auch auf die Leitlinien zur Anwendung von Art. 102 AEUV (z.B. Bekanntmachung über die Definition des relevanten Marktes und Prioritäten bei der Anwendung von Art. 102 AEUV) verwiesen werden.

### **4. Voraussetzungen für die Ausnahmeregelung**

#### **a. Kriterium erheblicher Effizienzgewinne: Vereinfachte Methode**

Die Bundesregierung begrüßt ausdrücklich die Leitlinien zur vereinfachten Methode. Angesichts der besonderen Voraussetzungen der GMO erscheint diese Methode am besten zur Selbsteinschätzung geeignet. Die konkreten Beispiele des Leitlinien-Entwurfs sind für eine einfache und klare Selbsteinschätzung der Erzeuger hilfreich. Die Bundesregierung regt jedoch an, dass der Leitlinienentwurf noch deutlicher und genauer hervorhebt, dass für den Effizienztest nach der vereinfachten Methode im Regelfall keine umfangreichen Berechnungen erforderlich sein sollen, bspw. wenn es um die Erheblichkeit geht. Ergänzend hält es die Bundesregierung für hilfreich, wenn in den Leitlinien darauf hingewiesen wird, dass die Mengen, die von der Maßnahme betroffen sind, den größten Teil und damit mehr als die Hälfte darstellen.

Aus Art. 169 ff GMO ergibt sich, dass erhebliche Effizienzgewinne generiert werden müssen. Diese Voraussetzung sollte um ein zeitliches Kriterium ergänzt werden. Die Leitlinien sollten verdeutlichen, wie bei einer einmalig generierten Effizienzsteigerung die Voraussetzungen des Ausnahmebereichs in den Folgejahren erfüllt werden müssen.

Zu den im Rahmen des Konsultationsprozesses von der Europäischen Kommission gestellten Fragen nimmt die Bundesregierung wie folgt Stellung:

- Gemeinsame Werbung

Die Bundesregierung stimmt der Einschätzung der Europäischen Kommission zu, dass eine gemeinsame Werbung vor allem bei Produktinnovationen oder besonderen Qualitätsprodukten effizient sein kann.

- Gemeinsame Durchführung von Qualitätskontrollen

Die gemeinsame Durchführung von Qualitätskontrollen führt nach Einschätzung der Bundesregierung vor allem dann zu erheblichen Effizienzen, wenn sie mit einem Qualitätssteigerungsprozess verbunden ist. So dürfte z.B. das Trocknen und Mischen von Getreide, um den vom Abnehmer geforderten Qualitätsstandard zu erreichen, in der Regel erhebliche Effizienzen generieren.

- Transport und Vermarktung von Getreide

Im Getreidebereich entfällt nach den vorliegenden Marktdaten auf den Agrarhandel eine Wertschöpfung von bis zu 15-20%. Die wesentlichen Aufgaben des Landhandels bestehen in der Erfassung, Reinigung, Trocknung, Lagerung und Finanzierung der Feldfrüchte bis zu ihrem Weiterverkauf. Hinzu kommt der Transport zum Endabnehmer. Übernehmen die Erzeuger in EO diese Tätigkeiten gebündelt, so können sie signifikante Effizienzen heben und ihre Vertriebschancen wesentlich verbessern.

Zum Beispiel haben sich in einer Region Deutschlands EO zusammengeschlossen, um mehrere Hafeneinrichtungen zu bauen. Dadurch sind diese Erzeuger nun in der Lage, ihre Produktion selbst zu verladen und ihr Getreide per Binnenschiff auch über große Entfernungen kostengünstig zu transportieren. Sie nehmen an der Wertschöpfungskette in größerem Maße teil und erzeugen bedeutende Effizienzen. In Ostdeutschland vermarkten einzelne Erzeugerorganisationen teilweise erhebliche Mengen Qualitätsgetreide an Großabnehmer, insbesondere Mühlen und Futtermittelhersteller, oder an Exportunternehmen. Die Erzeugergemeinschaft „Cerealis“ beispielsweise analysiert zunächst das Getreide, das die angeschlossenen Landwirte bei sich nach der Ernte einlagern. Beim späteren Verkauf liefert Cerealis von den passenden Erzeugern Getreidepartien, die genau den Anforderungen des Nachfragers entsprechen. So können beispielsweise

große Mühlenunternehmen mit den erforderlichen Mengen und Qualitäten beliefert werden.

b. Obergrenzen für die Erzeugnismengen bei grenzüberschreitenden Erzeugerorganisationen

Im Leitlinienentwurf wird nicht die Frage geklärt, welche Obergrenze bei einer grenzüberschreitenden EO gelten soll (15% der Produktion beider Länder oder 15% der Produktion eines Landes). Die Bundesregierung regt diesbezüglich eine Klarstellung an.